

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Musterhausener Straße 15 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Morikplatz 3105/08

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post mit wöchentl.
Beilage „Die Sanitätswarte“ (ohne Bestellgeld) 6 Mk.

Gewerkschaftliche Bildungsaufgaben.

Tie stärker die Gewerkschaften anwachsen, um so größere Aufgaben fallen ihnen zu. Die Zeiten sind längst vorbei, wo sie nur Verbände zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit waren. Neben diesen, allerdings auch heute noch wichtigsten Aufgaben, griffen die Gewerkschaften lange vor dem Kriege schon aktiv in die vielfältigen Aufgaben der Sozialpolitik ein. Der Krieg zwang die Gewerkschaften gewissermaßen obendrein noch, sich in steigender Weise der Wirtschaftspolitik anzunehmen, so daß die die Gewerkschaften nach dieser Richtung beengenden Schranken des Reichsvereinsgesetzes durch die genannte Gewerkschaftsnovelle vom Jahre 1916 beseitigt werden mußten. Die Revolution aber stellte die Arbeiterverbände mitten in das politische Wirtschaftsleben hinein. Die Mitarbeit am Wiederaufbau der Volkswirtschaft, an der immer weiter sich ausbreitenden Sozialpolitik, an der Inanspruchnahme und Durchführung der Sozialisierung usw., gehört heute zu den schwersten Aufgaben der Gewerkschaften. Sollen die Gewerkschaften auf diesen Gebieten erfolgreiche Arbeit leisten, so müssen sie einen gewerkschaftlich, wirtschaftlich und sozialpolitisch gut durchgebildeten Stamm Mitglieder und vor allem solche Vertrauensleute besitzen. Das monarchistische Deutschland hat für die Durchbildung der Arbeiter nach dieser Richtung gut wie nichts getan, so daß die Gewerkschaften hier selbst eingreifen müssen.

gestorbenen. Allerdings ist erst der erste Teil der vorgesehenen Räte, die Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte eingeführt, während die Bezirksarbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte und der Reichsarbeiter- und Reichswirtschaftsrat noch der Errichtung harren. Die Aufgaben dieser Räte sind im Betriebsrätegesetz, in den vom Nürnberger Gewerkschaftstongreß beschlossenen Richtlinien und in unserm Verbandsprogramm verzeichnet. Sie sind mit denen der Gewerkschaften ganz eng verwachsen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben sind die Räte naturnotwendig gezwungen, sich eng an die Gewerkschaften anzulehnen. Fast allgemein verstehen die Mitglieder der Betriebs- usw. Räte Funktionen als Vertrauensleute der Gewerkschaften, bei denen also Wissenschaft und Bildung für ihre Tätigkeit in genügendem Maße fehlt. Es ergibt sich also hieraus, daß die Gewerkschaften in großem Maßstabe die Durchbildung ihrer Vertrauensleute (und dazu gehören auch ihre Angestellten) sowie der Betriebsräte in die Hand nehmen müssen. Die vielversprechenden Anfänge mit der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. sowie die Betriebsräte- und Gewerkschaftskurse an der Universität Mün-

WIRKE / BILDE!
Wirke, bilde! Ob im Leben,
ob im Zauberland des Scheins.
Zwing des Stoffes Widerstreben,
sei mit deinem Schaffen eins.
Freu dich, wenn es Frucht getragen!
Aber löstlicher noch bleibt
jener Tropfen Unbehagen,
der zu neuem Werke treibt! *M.H.*

ster sind dabei nicht ausreichend. Die Gewerkschaften werden daher versuchen müssen, letztere auch an die Hochschulen in anderen Städten zu übertragen. Ferner muß Einfluß auf die Volkshochschulen erworben werden, damit die Lehrpläne im weitestgehenden Sinne den gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen entgegenkommen. Die von den freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen in den einzelnen Orten errichteten Räte schulen müssen Dauereinrichtungen werden, zu denen die Gewerkschaften eine Anzahl Vertrauensleute resp. Betriebsräte verpflichten. „Der Ruf nach Schulung der Betriebsräte geht durch alle Lande und hallt wider in großen Städten und in kleinen Industriegemeinden; dem muß Rechnung getragen werden, wenn die Gewerkschaften sich nicht den Vorwurf machen lassen wollen, daß sie nur ungern die Einrichtung der Betriebsräte anerkennen“, sagt Heinrich Meyer in der „Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftskorrespondenz“, und er schlägt zur weiteren Ruhbarmachung der Kurse in Münster und Frankfurt a. M. vor:

„Mit großer Sympathie muß die Anregung begrüßt werden, aus diesen Gewerkschaftskursen eine ständige Verbindung der Teilnehmer an den verflorenen sowohl wie auch der künftigen Kurse entstehen zu lassen durch regelmäßige Zusammenkünfte, in denen alle aktuellen Wirtschaftsfragen von sachverständigen Leuten vorge-

An gewerkschaftlicher Bildungsarbeit hat es auch früher nicht gefehlt. Leider war sie nicht systematisch und weitgehend. Abgesehen von den einige Jahre von der Generalkommission in Berlin unterhaltenen gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, erstreckte sich die Bildungsarbeit selten auf Vortragszyklen. Im allgemeinen war sie wie auch heute noch darauf eingestellt, durch die Verbandspresse und in Vermittlungen die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Wesen und den Aufgaben der Gewerkschaften vertraut zu machen, sie für Lohnkämpfe zu schulen und zu klassenbewußten Arbeitern heranzuziehen. Selbst diese Arbeit blieb relativ, weil durch den wachsenden Zustrom bisher unorganisierten Arbeiter nur der ältere Teil der Mitglieder davon genügend erfaßt wurde. Inzwischen sind wir durch Artikel 165 der Weimarer Verfassung zum Räte system oder wie man sich allerdings ausdrückt, zur Wirtschaftsdemokratie,

tragen und in gemeinschaftlicher Aussprache geklärt werden. Es wäre nicht vermessend und zuviel gesagt, diese Zusammenkünfte gewerkschaftliche Hochschultage zu nennen. Welche Fülle von Anregungen nicht nur für praktische Tagesfragen, sondern für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit überhaupt könnte von solchen Tagungen ausgehen. Dabei wäre daran zu denken, daß nicht nur die Kursteilnehmer da zusammenkommen, sondern das Interesse der Zentralvorstände der Gewerkschaften, der Gau- und Bezirksleiter, der Ortsausschüsse der Gewerkschaften und nicht minder das Interesse der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, kurz aller Stellen, die sich mit Arbeiterbildung beschäftigen, müßte für diese Tagungen geweckt werden.

In gleicher Weise wie die beiden bisher angeführten Veranstaltungen können die sogenannten Wirtschaftsschulen als Einrichtungen angesprochen werden, die der Heranbildung von Wirtschaftsführern dienen sollen. Die deutsche Wirtschaft wird noch Jahre der Erholung gebrauchen, ehe wieder von einem befriedigenden Stand gesprochen werden kann. Die Arbeiter sind zur Mitwirkung bei diesen Aufgaben berufen. Aus ihren Reihen müssen Wirtschaftsführer hervorgehen, die bewußt im Dienste der Arbeiter handeln. Es ist deshalb erwünscht, für möglichst viele Bezirke solche Wirtschaftsschulen zu errichten. Die Kräfte in der Arbeiterschaft suchen Betätigung und Mitwirkung, nicht nur in den Betrieben, sondern eine ganze Reihe anderer Einrichtungen rücken in ihren Aufgabenkreis mehr als bisher, z. B. Wohnungsfragen, Siedlungs- und Verkehrsweisen, Arbeitsnachweis, Lohnd- und Schlichtungsweisen und alle sonstigen sozialpolitischen Einrichtungen usw. Dieser einzubringen in diese Fragen muß ermöglicht und das geistige Rüstzeug dafür geschaffen werden. Die Wirtschaftsschulen haben wohl in erster Linie auf diesen Gebieten die Führerausbildung ins Auge zu fassen, doch wird auch unter Benützung der in diesen Schulen zur Verfügung stehenden Lehrmittel und Lehrkräfte, in Abendkursen die Ausbildung aller derjenigen vorwärtsdrängenden Kreise möglich sein, die im Arbeitsverhältnis stehen, an allen Erscheinungen des Wirtschaftslebens genügendes Interesse haben und ihre freie Zeit der eigenen Ausbildung widmen wollen. Die ausgebildeten Führer werden in Gewerkschaftsversammlungen das Gelernte einem größeren Kreise zugänglich zu machen haben.

Die Finanzierung dieser Einrichtungen wird das schwierigste Problem der nächsten Zeit sein. Unbedingt muß verlangt werden, daß Mittel der Allgemeinheit in größerem Umfange als bisher für diese Aufgaben bereitgestellt werden, und wenn die Gewerkschaften entsprechend den Bestimmungen ihrer Statuten ebenfalls für die geistigen Interessen ihrer Mitglieder Opfer zu bringen bereit sind, dann lassen sich auch diese Schwierigkeiten überwinden. Die Notwendigkeit im Interesse der Volksgemeinschaft ist gegeben.

An die Mitglieder der Gewerkschaften und der Betriebsräte ergeht aber die ernste Mahnung, aus eigenem heraus an ihrer Bildung ebenfalls das Menschenmögliche zu leisten. Jede freie Zeit muß dazu benützt werden. Nicht nur Vortragskurse müssen die Arbeiter besuchen, sondern auch die einschlägige Literatur muß verfolgt werden. Dazu gehören in erster Linie die Gewerkschaftspresse, die „Betriebsrätezeitung“ und die von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale herausgegebenen Schriften, die wir in der „Gewerkschaft“ immer anzeigen. Ganz besonders aber muß sich jeder organisierte Arbeiter grundlegendes Wissen über Sozialismus und Volkswirtschaft aneignen, wobei allen voran die Schriften von Marx, Engels, Lassalle, Kautsky usw. neben der neueren Literatur genannt werden müssen. Gewiß, die heutigen Preise ermöglichen es dem Arbeiter nur in geringem Maße, sich Bücher anzuschaffen. Da werden auch hier wieder die Gewerkschaften, vornehmlich die Verbandsszifalians und die Ortsausschüsse des ADB, durch Ausbau der Bibliotheken fördernd eingzugreifen haben. Heute trifft das Wort Lassalles viel mehr als jemals zu: „Die Arbeiter sind der Fels, auf den die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll“; denn sie sind in erster Linie dazu berufen, das Wirtschaftsleben wieder vollständig in Gang zu bringen und den Sozialismus vorzubereiten. Das können die Arbeiter aber nur, wenn sie sich mit reichem Wissen versehen!

G. R.

In einer wahrhaften Gesellschaft darf es weder Arme noch Reiche geben.

Babeuf.

Vom schweizerischen Verbandstag.

In den Pfingsttagen am 14. und 15. Mai 1921 fand in Interlaken der außerordentliche Verbandstag unserer Schweizer Kollegen statt, zu dem auch ein Vertreter des deutschen Verbandes anwesend war. Bereits am Nachmittag des 14. Mai fanden mehrere Konferenzen statt, u. a. auch für das Anstaltspersonal.

Abends gegen 8 Uhr wurde im herrlichen Kurpaal zu Interlaken vom Präsidenten Siegfried der Verbandstag eröffnet. Nach den Eröffnungsreden überbrachte Kollege Dittmer namens des deutschen Verbandsvorstandes die brüderlichen Grüße unserer Organisation. Er wies dabei auf die glänzende Entwicklung unserer Gliederbewegung hin und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Schweizer Kollegen, als Mitbegründer unserer 1. Gemeindefürsorge-Internationale auch ihren Beitritt zu der in Amsterdam im September 1919 wiedererrichteten 2. Internationale vollziehen möchten. Als Gründer und Senior des schweizerischen Verbandes war auch Kollege Greulich erschienen, der trotz seiner 79 Jahre noch mit Feuereifer an den Debatten teilnahm.

Eine längere etwas unerquickliche Erörterung wurde über die Protokoll-Genehmigung des vorjährigen Verbandstages gepflegt. Die Einsichtnahme und Prüfung wurde dann einer Kommission überwiesen. Sehr gründlich wurde über die Teilnahme der Geschäftsleitung an der Trimbacher Konferenz diskutiert, wobei es sich in der Hauptsache um die Frage handelte: soll der seit einigen Monaten in der Schweiz bestehende Streit zwischen Sozialisten und Kommunisten durch eine „gewerkschaftliche Einheitsfront“ wenigstens für die wirtschaftlichen Organisationen vermindert werden? Mit Unannehmlichkeit wurde das Vorgehen der Geschäftsleitung für richtig erachtet.

Von den sonstigen Beschlüssen interessiert insbesondere die über den Anschluß an unsere Amsterdamer Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe, die einmütig beschlossen wurde. Heftige Auseinandersetzungen gab es auch in der Beitragsfrage. Während der Zentralvorstand einen mehrmonatigen Kampfonds von 1000 Rappen pro Woche (in Friedenszeiten halte der Rappen 0,8 Pf. Wert, jezt etwa 10 Pf.) empfahl, waren die Berner und einige andere Bezirke dagegen, weil sie darin ein Außerachtlassen des gewerkschaftlichen Rahmens erblickten, da der Kampfonds erst, zu politischen Zwecken gebraucht werden könnte. Ein Kompromißantrag des Kollegen Greulich, den Beitrag pro Woche ab 1. Juli 1921 bis zum nächsten Verbandstag (1923) um 15 Rappen zu erhöhen, fand eine überwiegende Mehrheit. Mitglieder mit Einkommen unter 2500 Pf. sind davon befreit.

Für die französischsprachende Schweiz wurde der welsche Delegierte Hurni als Sekretär neu angestellt. Ebenso wurden die beiden Sekretäre Meister und Eichenberger (letzterer als Redakteur) erneut bestätigt. Dann aber folgte eine sehr sachliche führte und doch leidenschaftlich erregte Debatte über die Aufnahme der Moskauer in, an der auch Kollege Greulich mit Feuereifer teilnahm. Unser Vertreter bejahte gleichfalls die Gesamtschließung des arbeitenden Volkes in den großen Kulturländern.

Für Moskau wurden 23 Stimmen abgegeben, während der den Mehrheitsantrag des Vorstandes, der sich für die Aufnahme der Internationalen ausspricht, 57 Delegierte stimmten. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Der Antrag betreffend sofortigen Anschluß an den Internationalen Rat der Gewerkschaften und Industrieverbände ist mit folgenden Erwägungen abzulehnen:

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ist Mitglied der Amsterdamer Internationale. Die Annahme des Antrages der Sektion Zürich bedingt eine unhaltbare Doppelmitgliedschaft.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband rüch sich dem Gesamtbeschlusse auf Grund der Abstimmung des Gewerkschaftsbundes fügen, lehnt jedoch das eigenmächtige Vorgehen einzelner Verbände auf das bestimmteste ab.“

Alles in allem läßt sich von unserem Schweizer Verbandstag Interlaken zusammenfassend sagen: Es war eine würdige, energiegeladene, fruchtbringende Veranstaltung und es ist zu erwarten, daß die Fortentwicklung unserer Schweizer Bruderorganisation bald ein rascheres Wachstum annehmen wird. Seit der Verschmelzung mit dem schweizerischen Straßenbahnerverband zählt der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband über 10 000 Mitglieder. Die Zentralleitung läßt noch manches zu wünschen übrig, und die in der Schweiz ganz geringe Gefahr, daß der „Kantönliche“ die allgemeinen historischen Fortschritte hemmt, ist im Schwinden begriffen. Unsere Schweizer Kollegen haben auch eine ganze Anzahl beamteter Kollegen bei Steuerbehörden usw. aufzuwecken, die den freigewerkschaftlichen Gedanken mit gutem Bewußtsein propagieren. Die materiellen Folgen sind ebenfalls nicht ausgeblieben. Hierüber sowie über die Arbeitszeit und sonstige soziale Bergünstigungen werden wir gelegentlich eingehender berichten.

Der Kampf um den Betriebsratsvorsitzenden in Köln.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ beschäftigt sich in seiner Maibestlage „Betrieb und Wirtschaft“ mit den Vorkämpfen bei der Wahl des ersten Vorsitzenden zum Betriebsrat des Fuhrparks in Köln. Der ganze Artikel zeigt die Tendenz, die damalige Streikfrage als einen terroristischen Akt der Sozialdemokraten (sies: unseres Verbandes) gegen die christlichen Gewerkschaften hinzustellen.

Der Hergang ist kurz folgender: Laut Beschluß unseres Filialvorstandes durfte bei den Betriebsratswahlen nur eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt werden. Gewisse Kerngröße, die auf diesem Wege keine Gelegenheit fanden, in den Betriebsrat hineinkommen, stellten jedoch eine sogenannte Oppositionsliste auf. Dieses Vorgehen wurde mit Gewerkschaftsopposition begründet, aber die Tatsache, daß auch die Kraftfahrer des Transportarbeiterverbandes diese Liste unterstützten, und zwar als Mitkandidaten, beweist, daß die vorgeschützte Opposition ein Rätelchen war. Vor der Wahl hielt die Opposition eine Versammlung ab, wo ein früherer Kollege einen reichlich konfuslen Vortrag hielt, so daß es den Anwesenden graute, den Transportlern besonders. Die Christlichen erhoben den schärfsten Protest gegen die Ansicht der sogenannten Opposition. Die Wahl ergab: Liste 1, Gemeindefreiarbeiterverband, 73 Stimmen, 5 Mandate; Liste 2, Opposition, 122 Stimmen, ein Mandat; Liste 3, Christliche, 395 Stimmen, 4 Mandate. Angestellte, ohne Wahl 1 Mandat. Der Betriebsausschuß bestand aus 12 Personen. Liste 1, Gemeindefreiarbeiterverband, 2 Vertreter; Opposition (Mitglieder unseres Verbandes) 1 Vertreter; Christliche 1 Vertreter; Angestellte (freiorganisierte BWA.) 1 Vertreter.

Bei der Wahl zum ersten Vorsitzenden ergab sich das sonderbare Bild, daß in einem Betriebsausschuß, der von 4 Freiorganisierten und einem Christlichen besetzt war, der christliche Kollege zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Der Angestelltenvertreter als Mitglied einer radikal-sozialistischen Partei stimmte mit den Oppositionsfolgenden und den Christlichen gegen unsere Vorschläge. Dies war der zweite Disziplinbruch. Das Geheimnis der Wahl spielte bei dem ersten Befanntnis der beiden Oppositionellen keine Rolle mehr. Auf alle Fälle war dieser Vorgang äußerst denkwürdig, daß Leute, deren politische Ueberzeugung angeblich radikal ist, lieber mit den Christlichen pattieren als mit ihren Verbandskollegen.

Unsere Vertrauensleute im Kölner Fuhrpark stellen nun den Antrag, den Kollegen Behrend wegen Organisations-, Disziplin- und Disziplinbruchs aus dem Verband auszuschließen. Behrend entzog sich durch rechtzeitigen Uebertritt zu

den Unionisten dem drohenden Ausschuß. Heute ist er nicht mehr in städtischen Diensten. Auf Grund dieser Sachlage erklärte ein Vertreter unserer Filiale dem christlichen Gewerkschaftssekretär Wallraf, daß wir gezwungen seien, im Interesse der gewerkschaftlichen Disziplin den weiteren Beschluß unserer Vertrauensleute auszuführen und die Betriebsrats- und Ersahmitglieder der Liste 1 aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen, da an ein erspriessliches Zusammenarbeiten im Betriebsrat nicht mehr zu denken sei und die Arbeit unserer Richtung in Gefahr stände, andauernd sabotiert zu werden. Herr Wallraf zeigte in dieser Beziehung volles Verständnis für die Sachlage, und wenn er sich auch gegen eine Neuwahl aussprach, gab er doch zu, daß die Bemühungen unseres Verbandes keine Spigen gegen den christlichen Vorsitzenden des Betriebsrats enthielt.

Nachdem unsere gesamte Liste von Anfang bis Ende zurückgetreten war, fand in überraschender Weise eine Betriebsausschlußsitzung statt, die man als Ueberrumpelung ansehen muß. Sehr breit wird in dem Sitzungsprotokoll erwähnt, daß unser Kollege Hoffmann nicht an der Sitzung teilgenommen hätte, trotzdem er am Tage vorher eingeladen worden wäre.

Die Christlichen berufen sich bei jeder Gelegenheit auf das Geseß, deshalb durfte man auch erwarten, daß der Vorsitzende die Sitzung frist- und formgerecht einberufen, besonders aber auch den stärksten Verband rechtzeitig und schriftlich benachrichtigt hätte. Die Einladung wurde mündlich durch einen Vertrauensmann ohne Angabe der Tagesordnung kurz vor Bureauschluß abgegeben, während Kollege Hoffmann in einer Versammlung war. Für den darauffolgenden Tag lagen schon drei Termine fest. Jeder vernünftige Mensch dürfte wissen, daß bei einer Organisation von über 7500 Mitgliedern zu einer Zeit, wo nur ein Beamter für die Agitation freigestellt war, die Festsetzung von Sitzungsterminen einige Tage vorher erforderlich ist. Der Zweck der ganzen Uebung war klar. Durch die plötzliche Einberufung der Sitzung sollte die Leitung des freien Verbandes überrumpelt werden, was denn auch gelungen ist. Das Protokoll der fraglichen Sitzung ist ein demagogisches Bubenstück, das niemals von dem nicht schreibgewandten Herrn Behrend (Schriftführer) verfaßt worden ist, sondern von einem gewiegten Besuiten.

Herr Lep s, der heute weidlich über die Christlichen schimpft, weil er von ihnen ziemlich unanft den Stuhl vor die Tür gesetzt bekommen hat, stellte damals die sonderbare Forderung auf, die beiden Kollegen Reuhäuser und Plag unseres Verbandes nicht mehr zum Betriebsrat zuzulassen. Der Rücktritt der übrigen Freigewerkschaftler würde dann als nicht geschehen betrachtet, trotz schriftlicher Erklärung. Also auf der einen Seite, für die Deffentlichkeit bestimmt, immer streng nach dem Geseß. Sämtliche erreichbaren juristischen Hilfsquellen werden benutzt, um zu beweisen, wie äußerst korrekt man ist, auf der anderen Seite ein gesetzwidriges Ver-

Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts.

III.

Auf die neolithische Periode folgte die Bronzezeit, welche bei fast allen Völkern der bewohnten Erde der Eiszeit vorausgegangen war. Bronze ist eine Mischung von neunzig Teilen Kupfer und zehn Teilen Zinn. Kupfererz findet man in sehr vielen Ländern, das man mußte aber oft aus weit entfernten Gegenden herbeigeschafft werden. Es ist ja bekannt, daß die Phönizier, das seefahrende Volk des Altertums, den Austausch der Erzeugnisse der verschiedenen Völker jener Zeit bewirkten. Mit staunender Bewunderung betrachten wir die reichen Schätze, welche wir aus der Bronzezeit an das Tageslicht gefördert haben: Reich verzierte und bemalte Tongefäße, Schwerter, Dolche, Kessel, Basen, Eimer, Messer, auch Rasiermesser, Arme- und Halsringe, Fibeln (Gewandnadeln) und Helme aus goldglänzender Bronze. Besonders schöne Formen und kunstvolle Ornamentierungen und Ziselierungen weisen die Waffen und Schmuckgegenstände auf.

Man nennt die Bronzezeit auch die Hallstattperiode, wegen der zahlreichen Bronzefunde, welche man bei Hallstatt im oberösterreichischen Salztammergut aufgefunden hat.

Auf die Bronzezeit folgt die Eiszeit, man nennt sie auch die Tene Periode, weil man in einer Untiefe (La Tene heißt Untiefe) einem blochhausähnlichen Inselfaß, am Nordende des Neuenburger Sees in der Schweiz, zahlreiche älteste Eisenwaffen, Werkzeuge und Schmuckgegenstände gefunden hat.

Man hört so oft die Frage aufmerken: Wenn die Menschen ursprünglich von niederen Lebewesen abstammen, weshalb entwickeln sie sich heute nicht mehr zu Menschen? Die Antwort ist sehr einfach. Viele Millionen Jahre sind vergangen, seit das Leben auf

der Erde seinen Anfang nahm, und doch gibt es heute noch unzählige Milliarden einzelliger Pflanzen und Tiere, die den Ursprung alles Lebens darstellen. Nur wenige Einzelne haben, durch innere und äußere Umstände begünstigt, im Verlaufe von Jahrtausenden sich zu immer höheren Formen entwickeln können. Seit mehr als 200 000 Jahren existieren menschenähnliche Wesen in fortwährender Entwicklung auf der Erde, und doch gibt es jetzt noch zahlreiche Naturvölker, die auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehen. Zu allen Zeiten hat es Einzelmenschen gegeben, die ihren Zeitgenossen um Jahrhunderte, ja um Jahrtausende voraus waren. Es gilt auch hier wie überall das Wort des Evangeliums: „Viele sind berufen, aber nur wenige sind auserwählt.“ Erst in jüngster Zeit hat man genügende körperliche Ueberreste, Menschenhädel und Skelette aus mehreren Höhlen der älteren und mittleren Tertiärzeit an das Tageslicht gefördert, so daß man erst jetzt ein sichtbares Bild der Abstammung und Entwicklung des Menschengeschlechts vor Augen hat.

Den ältesten Ueberrest eines menschenähnlichen Wesens hat Dubois aus der Uferwand des Bagamassus auf der Insel Java, mehr als zwölf Meter unter dem Talboden, ausgegraben. Dubois nennt den Menschenaffen: Pithecanthropus, das heißt Affenmensch, im Gegensatz zum Anthropithecus oder Menschenaffen.

Der Pithecanthropus nimmt eine Mittelstellung ein zwischen dem höchsten Menschenaffen, dem Schimpanzen, und dem unten geschilderten Neandertalmenschen vor allem: „durch die sehr niedrige, flache Stirnwölbung und die sehr stark kammförmig hervortretenden gewölbten Knochenbogen über den Augen“.

Die Natur hat den Affen mit Angriffswaffen und Schutzwehren ziemlich stiefmütterlich bedacht. Ihm fehlen die Reißzähne und scharfen Krallen der Raubtiere, die Hörner und Geweihe der Huftiere, die Schnelligkeit des Pferdes, der Gazelle. Da wird es begreiflich, daß während der großen Eiszeit, als die Lebensbedingungen fast unerträglich wurden, einige Menschenaffen ihr kleines Gehirn anstrengten,

Magdeburg 48, Magdeburg 14 Stimmen; Polizeipräsidium: Magdeburg 18, Magdeburg 37, Essen 34, Hannover 22, Hanau 21, Breslau 20, Frankfurt a. M. 3, Stettin 1; Landesamt: Seelow 1, Stettin 1, Stettin 1, Kassel 1; Katasteramt: Gelsenkirchen 5, Dortmund 1, Krefeld 1. Aus diesem Resultat ist zu ersehen, daß unsere Kollegen ihre Pflicht bei dieser Wahl nicht erfüllt haben. Die Wahl in Berlin, an erster Stelle das Polizeipräsidium, in solch hoher Zahl für unsere Liste gestimmt, so wäre für unsere Liste ein solches Resultat zum Besten gekommen. Unverantwortlich ist es, daß in einzelnen Orten überhaupt nicht abgestimmt wurde. In Puffendorf fand es nicht einmal der eigene Kandidat für notwendig, zur Wahl zu gehen. Aufgabe unserer Funktionäre wird es sein, unter den Kollegen weitestgehende Aufklärung zu verbreiten, damit bei künftigen Wahlen die Kollegen reger sind. Für die in den Staatsbetrieben beschäftigte Person aber muß es Ehrensache sein, ihre Pflicht nach jeder Richtung hin zu erfüllen. Wo sie nicht hin kommen, wenn vom Verbandsvorstand alle Mittel angewendet werden, solche Wahlen zustande zu bringen und nachher die Kollegen ein derartig geringes Interesse der Sache gegenüber zeigen. Damit erschweren die Mitglieder die Durchführung aller Maßnahmen außerordentlich. — Bemerken wollen wir noch, daß für den Betriebsrat des Polizeipräsidiums in Berlin von den Mitgliedern sieben Mitglieder unseres Verbandes sind, wir also die Mehrheit in diesem Betriebsrat haben. Dieser Vorgang sollte unsere Kollegen draußen ein Ansporn sein, es künftig den Berliner Kollegen nach dieser Richtung hin nachzumachen.

• Notizen für Gasarbeiter •

Deutschlands erste Gasanstalten. Zu Blochmanns fünfzigjährigem Todestag am 21. Mai 1921 bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ einen Artikel von Dr. Jessen, in dem die nachstehenden Ausführungen entnommen: Als Begründer der deutschen Leuchtgasindustrie ist in erster Linie Rudolf Sigismund Blochmann zu bezeichnen. Geboren am 12. Dezember 1841 als Sohn eines Pfarrers ging er schon früh in die Lehre bei dem Dresdener Mechaniker und zog nach vollendeter Lehrzeit nach München, um sich dort weiterzubilden. München war damals die hohe Schule für Feinmechanik. Dort wirkten Reichenbach, benannt u. a. durch die Erfindung der Kreisteinmaschine, Fraunhofer, der glänzende Optiker, der die dunklen Linien des Sonnenspektrums entdeckte, heute die Fraunhofer'schen Linien genannt, ebendies, und Joseph von Mayschneider, der neben seiner bedeutenden politischen Tätigkeit die bayerische Industrie und das gewerbliche Unterrichtswesen leitete. In das von diesen Männern geleitete „mechanische Institut“, dessen Aufgabe neben erwerbsmäßigen Absichten die Ausbildung von Feinmechanikern war, trat Blochmann 1806 ein und errang dort auch an dem großen Werke der Soleförderung von Berchtesgaden nach Reichenhall mitgearbeitet, dessen Durchführung wegen

seiner Länge und besonders wegen der Ueberwindung des 369 Meter hohen Södenköpfl allgemeines Aufsehen erregte. Die Auffstellung der ersten Wasserfäulenmaschine, deren Konstruktion Reichenbach wesentlich verbessert hatte, wurde ihm übertragen. Wie groß der Mangel an leitenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Industrie damals in Deutschland war, zeigt die Verwendung Blochmanns als Leiter der verschiedensten Betriebe. So ist er neben diesen Aufgaben einer Bierbrauerei, einer Tabakfabrik, der Legernseer Marmor-schneidemühle, schließlich der Reichenbach'schen Glasfabrik vorgestanden. Nachdem Blochmann sowohl als Techniker als auch als Leiter großer Unternehmungen reiche Erfahrungen gesammelt hatte, ging er wieder nach Dresden zurück und trat in staatliche Dienste. Aber die Stellung einer Art Museumsdirektors konnte seiner Lastracht nicht genügen. Sofort gründete er eine „mechanische Werkstatt“. Schon in seiner Münchener Zeit hatte er sich mit den industriellen Tagesfragen lebhaft beschäftigt. So hatte er z. B. ange-regt durch die Gründung von Zuckersfabriken durch Agard, verlußt, aus Kartoffeln Zucker herzustellen, ein Versuch, der praktisch ebenso wenig zum Ziele führte wie Alexander von Humboldts Experiment, aus Whorn Zucker zu gewinnen. Auch in Dresden beschäftigte er sich sofort mit den in Dresden damals lebhaft erörterten Problemen. Es waren vor allem zwei Erfindungen, die damals im Mittelpunkt des Interesses standen: die Herstellung künstlicher Mineralwässer durch den Dresdener Apotheker Struwe und die Gaslichterzeugung, die durch die Experimente Lampadius' in Sachsen bekanntgeworden war. In dem ersten Falle vereinigte er sich sofort mit dem Erfinder Struwe und konstruierte zur fabrikmäßigen Ausnutzung der neuen Idee die erforderlichen Apparate, die in seiner Werkstatt hergestellt wurden. Er hat so zu dem überraschend schnellen Anwachsen der Mineralwässerfabrikation wesentlich beigetragen, die von dem bescheidenen Anfange in Dresden 1817 sich schnell über alle Länder verbreitete. Die Erfindung des Gaslichtes war etwas älteren Datums. Waastriicht hat den Ruhm, den Mann hervor-gebracht zu haben, der zum ersten Male auf den Gedanken kam, die schon bekannte Latzfackel, das Steinkohlengas brennbar sei, systematisch zur Beleuchtung seines Hörsaals auszunutzen: es ist Jan Pieter Minckelaers, der 1785 in Löwen sein Zimmer mit Steinkohlengas erleuchtete. Aber der Ausbau und die Ausnutzung dieser Erfindung konnte nur von Ländern mit einer einigermaßen entwickelten Industrie herbeigeführt werden, vor allem also durch England und Frankreich. In Frankreich war es vor allem der Erfinder der sogenannten Thermobrennlampe Philipp Lebon d'Ham-burgh, in England der Erbauer der ersten Straßenbeleuchtung, der Deutsche Fr. A. Winger, der 1806 Londons Straßen mit Gaslicht versah. In Deutschland, dessen Industrie wie wir schon gesehen, blieb es bei einzelnen Versuchen rein experi-menteller Natur, die keine wirtschaftliche Bedeutung hatten. So richtete sich z. B. schon im Jahre 1786 der Würzburger Apo-theker Pöckel in seinem Laboratorium Gasbeleuchtung ein, und in Sachsen ahmte Lampadius Wingers Beispiel im kleinen

dieser gewisse Unebenheiten zurück, welche an den Knochen der Neandertaler von Krapina und Spy noch mangelhaft entwickelt sind. Aus den Neandertalern entwickelte sich in langen Zeiträumen und nach der Mensch im engeren Sinne, wie die in späteren Stadien aufgefundenen, immer höher entwickelten Schädel be- zeichnen. Als dann die dritte große Eiszeit eintrat, wenderten die ersten Menschen nach wärmeren Ländern aus, und dies sind wohl die Vorfahren dieser noch heute existierender Naturvölker. Manche Mutige blieben jedoch der Heimat treu, wie ihre an manchen Orten aufgefundenen Ueberreste beweisen. Im Ringen mit wilden ungebändigten Natur und den fast unerträglichen Lebens-bedingungen, im Kampf mit den gleichfalls zurückgebliebenen Raub-tieren schäufte sich ihr Mut, entwickelte sich ihre Körper- und Geistes-kräfte. — Weil die heiligen Bedä der indischen Brahmanen das erste Schriftendmal der arischen Völker sind, glaubte man früher allgemein, daß die Kultur ihren Lauf von Ost nach West ge- nommen hat. Heute sind viele Gelehrte der Ansicht, daß die in Ost-Asien fortgeschrittenen Völker des europäischen Westens Begründer einiger der alten Kulturstaaten Afriens gewesen sind. Mag nun für uns die Scheidestunde des vorhistorischen Men- schen schlagen, schließen wir das Buch, das uns die Erde aufbewahrt in steinernen Letzern, und wenden wir uns den Völkern zu, die in ihrer irdischen Ueberlieferungen hinterlassen haben. Wenn einst unsere Scheidestunde schlägt, ist es uns völlig gleich- gültig, ob wir zu den Günstlingen oder zu den Stiefkindern unserer Mutter Erde gehört haben. Dann kommen uns ähnliche Gedanken, wie Schiller, poetisch verkörpert, dem mit dem Tode ringenden kühnen Feldherrn Talbot sprechen läßt: Bald ist's vorüber, und der Erde geb ich, Der ewigen Sonne die Atome wieder. Die sich zu Schmerz und Lust in mir gefügt — Und von dem mächtigen Talbot, der die Welt Mit seinem Kriegeruhm füllte, bleibt nichts übrig

Als eine Handvoll leichten Staubs. — So geht Der Mensch zu Ende — und die einzige Ausbeute, die wir aus dem Kampf des Lebens Wegtragen, ist die Einsicht in das Nichts Und herzliche Verachtung alles dessen, Was uns erhaben schien und wünschenswert. Wenn einst unsere Scheidestunde schlägt, dann werden wir be- dauern, daß wir uns je eine unnötige Sorge gemacht haben, denn: Die Sorge nistet gleich im tiefen Herzen, Dort wirkt sie geheime Schmerzen, Unruhig wiegt sie sich und stört Luft und Ruh; Sie deckt sich stets mit neuen Masken zu, Sie mag als Haus und Hof, als Weib und Kind erscheinen, Als Feuer, Wasser, Dold und Gift; Du bebst vor allem, was nicht trifft, Und was du nie verlierst, das mußt du stets beweinen. — Dann empfinden wir schmerzlich, daß wir verkümmert haben, diese und jene Freudenblume zu pflücken, die an unserm Lebens- wege erblühte. Darum wollen wir uns des Lebens erfreuen, wollen die Rosen pflücken, ehe sie verblühen. Wir wollen an schönen Sommertagen mit Frau und Kind hinausziehen in Wald und Feld. Wir wollen uns lagern im Schatten der Eichen und Buchen, oder uns tummeln in munterem Reigentanz, wollen uns erfreuen an den leuchtenden Augen, den roten Wangen unserer spielenden Kinder, an dem Gesang der geliebten Sängler der Lüfte, wollen atmen die balsamische Luft und uns baden im gol- denen Sonnenstrahl. Aber weit wollen wir von uns weisen das schaurige Wort des finsternen Mittelalters: memento mori, gedente zu sterben. Da- gegen wollen wir zu unserm Wahlspruch machen das Wort, das der mit dem Strahlenkranze ewigen Nachruhms gekrönte Dichter, unser Goethe, um den alle Nationen der Erde uns beneiden, uns anempfahl: memento vivere — gedente zu leben!

nach, indem er 1811 die Fischergasse Freibergs mit Gaslicht erhelle und einige Jahre darauf für seine Versuche eine kleine Gasanstalt, die erste in Deutschland, errichtete. So kam denn eine englische Gesellschaft auf den Gedanken, die praktische Ausnutzung der Erfindung in Deutschland in die Hand zu nehmen. Ihr erster Schritt auf deutschem Boden war von Erfolg begleitet. 1824 erhielt sie in Berlin die Genehmigung, eine Gasanstalt zu errichten und die Straßenbeleuchtung einzuführen. Der zweite Versuch, sich festzusetzen, sollte in Dresden gemacht werden. Um einen dem Berliner ähnlichen Vertrag zu erreichen, wurde vor dem Könige Friedrich August eine Vorführung der englischen Apparate veranstaltet. Doch wie es bei solchen Vorführungen manchmal geht, die Versuche gelangen nicht vollständig. Der König war verstimmt und genehmigte den Vertrag nicht, sondern beauftragte Blochmann nun seine Experimente zu zeigen. Zu diesem Zweck konstruierte Blochmann einen noch heute in Dresden befindlichen Apparat, der schließend der Ausgangspunkt der deutschen Gasindustrie werden sollte. Es war ein einfaches Gefälle mit einem Kupferkessel, der das komprimierte Gas enthielt. Auf diesem Kessel lag eine Röhre, die in drei Röhren sich verzweigend das Gas den Lampen zuführt; also eine recht instruktive Gasanlage im kleinen, stellt doch der Kessel den Gasometer, die Röhren die Ueberführungsanlage des Gases zu verschiedenen Brennpunkten dar. Gerade wegen dieser Klarheit und Leichtfaßlichkeit des Versuches wurde der König begeistert und gab Blochmann den Auftrag, eine öffentliche Gasanstalt und eine Straßenbeleuchtung anzulegen. Der Zufall, daß die Versuche der englischen Gesellschaft nicht gelangen, gab also den Anstoß zur Begründung der deutschen Gasindustrie. Aber dieser Zufall wäre wertlos gewesen, hätte Blochmann nicht die ihm gestellte Aufgabe mit so glänzendem Geschick gelöst und wäre er nicht der Mann gewesen, der nicht nur die Aufmerksamkeit des Königs gewinnen, sondern auch durch Taten die Möglichkeit, das Werk einer Gasanstalt auch ohne englische Hilfe zu schaffen, beweisen konnte. Man kann sich die Schwierigkeiten, die sich Blochmann entgegenstellten, gar nicht groß genug vorstellen. Doch er kannte keine Hemmungen und keine Ermüdung. So führte ihn z. B. bei der Legung der Röhren die weitverzweigte Wasserleitung Dresdens, die, noch aus Holzröhren bestehend, ein beständiges Wiederaufreißen des Bodens und Erneuerung der Röhren nötig machte und damit die Gasröhrenanlage immer aufs neue gefährdete. Er regte deshalb den Bau einer Wasserleitung aus Steinröhren an und als sich später Schwierigkeiten bei der Herstellung von Steinröhren ergaben, konstruierte er eine Bohrmaschine zu diesem Zweck. In erstaunlich kurzer Zeit war seine Gasanstalt errichtet und nach kaum 2 Jahren brannten auf Dresdens Straßen Gaslampen. Seine Tat erregte berechtigtes Aufsehen. Bezeichnend für das geschärfte Nationalgefühl in wirtschaftlichen Dingen ist es, daß die Städte Leipzig und Berlin sofort Abgeordnete nach Dresden schickten, um Blochmanns Werk zu studieren. Als diese Abordnungen günstig ausfielen, erteilten die Städte sofort Blochmann den Auftrag, Gasanstalten bei ihnen zu errichten. Ihnen schlossen sich Breslau und Prag an. Mit diesen Bauten Blochmanns war der Sieg der deutschen Gasindustrie über die englische endgültig entschieden. Aber wie ein guter Feldherr sich mit der Ausnutzung eines Sieges, den ihm der Zufall beschert und den er bis zur Vernichtung des Gegners ausführt, nicht begnügt, sondern auch dafür sorgt, daß die Summe seiner Erfahrungen auch nach seinem Tode weiter wirke, so war auch Blochmanns Sorge auf die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses gerichtet. In seinem Sohne, dessen Werk z. B. die Gasanstalt in der Stralauer Straße in Berlin ist, fand er einen geeigneten Nachfolger. Daneben schrieb er schon 1827 eine Schrift: „Darstellung der Grundzüge eines polytechnischen Instituts“, die zur Gründung einer „technischen Bildungsanstalt“, der späteren technischen Hochschule, führte. In dieser Bildungsanstalt wirkte er mehrere Jahre als Lehrer für praktische Mechanik. Am 21. Mai 1871 ist er dann hochbetagt entschlafen.

• Aus unserer Bewegung •

Die Konferenz der Gas- und Wasserwerksarbeiter Mecklenburgs am 22. Mai in Güstrow war von 21. Delegierten besucht. Als Gauleiter war Kollege Both, Lübeck anwesend, als Vertreter des Transportarbeiterverbandes der Kollege Lemke-Schwerin. Kollege Both referierte über den Abschluß des Bezirkstarifs. Er hob hervor, daß er sich gestraubt hätte, einen Bezirkstarif abzuschließen, aber letzten Endes hätte er doch nicht mehr ausweichen können. Der Tarif dürfe natürlich keine Verschlechterungen bringen, dagegen schüße jeden der § 6, der besagt, daß diejenigen, die sich bei der bisherigen Lohnregelung besser standen, die gleichen Bezüge weiter erhalten. Es ist daher ein Übel, wenn die Stadtverwaltungen nun mit einem Male den Bezirkstarif einführen wollen. Es muß unsere Aufgabe sein, den nächsten Abschluß günstiger zu gestalten. Vor Eintritt in die Debatte gab Kollege Necker die Anträge bekannt. Der Antrag Rostock verlangt eine Erhöhung sämtlicher Lohnklassen um 60 Pf., außerdem wird eine allgemeine Kinderzulage gefordert für die Ortsklasse A 60, B 50, C 40, D 30 und E ebenfalls 30 Pf. pro Stunde und Kind bis zum 18. Lebensjahre. Der

Antrag Bismar verlangt eine Erhöhung sämtlicher Lohnsätze um 20 Proz., außerdem wird die Zahlung einer Kinderzulage für den ganzen Bezirk gefordert. In der Debatte verlangte Kollege Behrens-Rostock den Abschluß eines Sonderstarifs für die Gas- und Wasserwerksarbeiter. Duve-Schwerin erklärte, daß auch die Schweriner Gasarbeiter eine bessere Bezahlung erhalten hätten, die die Lohnsätze alle um 10 Pf. höher gewesen wären als bei den übrigen städtischen Arbeitern. Erdmann- und Bormann-Bismar vertraten den Standpunkt, daß die Sonderbündel nicht verlangt werden müßten, da auch die nicht zu den Gas- und Wasserwerksarbeitern zählenden städtischen Arbeiter ein Recht auf Erhöhungen hätten. Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen sich noch die Kollegen Ziebler-Rostock, Stange-Schwaan, Kaelte-Neustrelitz, Heide und Reinte-Güstrow, Duve-Schwerin, Bormann und Erdmann-Bismar dahingehend aus, daß sie die Ansicht des Kollegen Behrens-Rostock ablehnen müßten, da nur ein einheitliches Vorgehen im Bezirk die Gewähr bietet, einen annehmbaren Tarif für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen. Kollege Behrens-Schwerin und der Vertreter des Transportarbeiterverbandes erklärten, die Konferenz möge entscheiden, ob auch die Vertreter des Verbandes der Transportarbeiter an den Verhandlungen mitzunehmen könnten, andernfalls wäre ihre Mission auf der Konferenz erledigt. Kollege Both erwiderte, der Transportarbeiterverband sei nicht zuständig für die Gemeinde- und Staatsbetriebe. Sie verlangen auch nicht die Teilnahme an den Tarifverhandlungen in anderen Betrieben, wo wir nicht zuständig sind, denn das man einige Mitglieder hat, die gerade in den betreffenden Betrieben arbeiten, berechtigt immer noch nicht, den Anspruch geltend zu machen, nun auch die Mitglieder bei den Verhandlungen zu vertreten. Wir müssen aber erklären, daß wir auch für diejenigen Arbeiter bei den Verhandlungen eintreten, die in anderen Verbänden organisiert sind. Kollege Necker erklärte, es liege nicht im Interesse der Arbeiterchaft, wenn die freien Gewerkschaften sich gegenseitig bekämpfen und um ihre Machtpositionen ringen. Diese Ereignisse werden wir solange haben, bis die Umformung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden zur Tat wird. Es ist deshalb Pflicht aller freien Arbeiter, die Umformung der Organisationen zu Industrieverbänden zu fordern. Der Gemeindearbeiterverband steht schon auf dem Boden der Betriebsorganisation, eine Durchbrechung ist daher unmöglich. Wir können daher den Schwerinern nur folgen, schließt auch der zuständigen Organisation an und verlangt nicht mehr, daß wir den Boden der Betriebsorganisation verlassen. Der Antrag der Transportarbeiter wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Die zwei Kollegen verließen darauf demonstrativ die Sitzung. Nachstehende Anträge fanden einstimmige Annahme:

1. Die am 2. Mai in Güstrow tagende Konferenz der Gas- und Wasserwerksarbeiter beschließt: Die Verhandlungskommission wird beauftragt, bei den Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Löhne der Gas- und Wasserwerksarbeiter um 30 Proz. und die Löhne aller übrigen städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen um 20 Proz. erhöht werden.
2. Es wird für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen eine Kinderzulage gefordert, und zwar für die Ortsklasse A 60, B 50, C 40 und für D und E je 30 Pf. die Stunde. Die Zulage ist für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahre zu zahlen.
3. Die Kommission, die an den Verhandlungen teilnimmt und aus den Kollegen H. Both und H. Necker besteht, wird ergänzt durch zwei Vertreter aus Rostock je einen Vertreter aus Schwerin und Bismar, so daß die Gesamtstärke 6 Kollegen beträgt. Die Ergänzungswahlen sollen in den Mitgliederversammlungen vorgenommen werden.

Berlin. Unter Zugrundelegung der Erläuterung des in der Sitzung des Schlichtungsausschusses vom 28. Februar 1921 gefaßten Beschlusses, des Schiedsspruches vom 9. Februar 1921 und des näheren Beschlusses des Schlichtungsausschusses vom 20. April 1921 kam der Unterausschuß der Tarifdeputation für Lohn- und Tariffragen unter Hinzuziehung der Vertreter des Lohnstariffs der Arbeitnehmer am 26. Mai zu folgender Vereinbarung vorbehaltlich der Genehmigung durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung: „Als technische Betriebe werden zunächst in Uebereinstimmung mit den Arbeitnehmerverbänden folgende festgestellt: A. Betriebe: 1.—3. Gaswerke, Elektrizitätswerke und Wasserwerke. Strittig bleiben die Standaufnehmer, Kassierer und Laternenputzer. 4. Kanalisation inkl. Bauverwaltung; Strittig Lagerbetriebe. 5. Hoch- und Tiefbau Strittig. 6. Hafen- und Speicherbetriebe. 7. nach Ansicht der Verwaltung Strittig. 7. Meiereien einschl. Milchbetriebe, ausgenommen das Milchamt. 8. Straßenbahn, Autobetrieb ist strittig. 9. Städtische Fuhrparks Groß-Berlin. 10. Schlachthöfe Strittig; dagegen anerkannt Fleischverarbeitungsanstalt. 11. Viehhöfe Strittig; dagegen anerkannt Fleischverarbeitungsanstalt. 12. Schlachthöfe Strittig. 13. Eiswerke. 14. Städtische Druckereien. 15. Ammunitions- und Säurefabriken. 16. Städtische Jollierzentrale. B. Abteilungen: 1. Technische Abteilungen der Anstalten und Kammereibetriebe (betriebe). 2. Betriebspersonal der maschinen- und heizungstechnischen Anlagen der Kranken-, Pflege- und Badeanstalten, ferner Krankenträger und Kochkichen. Strittig bleibt: Handwerker (Sattler, Maler, Maurer, Tischler und dergl.). Uebereinstimmung herrscht, daß Krankenpflege- und Hauspersonal nicht zum Betriebspersonal

3. Beheizungsanlagen der Verwaltungsgebäude und Schulen. 4. Instandhaltungswerkstätten. 5. Hauptwerkstatt und Fahrzeugdepots der Straßenreinigung. 6. Verbrennungsabteilungen der Krematorien. Die Vertreter des Unterausschusses für Lohn- und Tarifangelegenheiten verpflichteten sich, dahin zu wirken, daß die Vereinbarungen mit größtmöglicher Beschleunigung ausgeführt werden. Die Auszahlung der Zulage soll, soweit die nichtstrittigen Betriebe in Betracht kommen, erfolgen, sobald der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zugestimmt haben. — Diesen Vereinbarungen haben sich am gleichen Tage Magistrat und Stadtverordnetenversammlung angeschlossen. Damit ist nun die in Nr. 20 der „Gew.“ kritisierte Angelegenheit bei Erledigung in greifbare Nähe gerückt.

Frankfurt a. d. O. Da ab 1. April unsere zehnprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung eingepreist werden soll, wurde hierzu in einer Versammlung am 18. Mai Stellung genommen. In der Betriebsräteversammlung am 11. Mai war folgende Resolution des Kollegen Berthold angenommen worden, welche nun den Versammelten bekanntgegeben wurde. „Die im Gewerkschaftshaus versammelten Betriebsräte der städtischen Betriebe nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorschlag des hiesigen Magistrats in bezug auf die zehnprozentige Gehaltserhöhung. Die Betriebsräte weisen ein derartiges Anerbieten mit Entschiedenheit zurück, da sie hierin eine unbedingte Härte erblicken. Wenn die zehnprozentige Erhöhung durch Ersparnis gespart werden soll, um den Etat nicht zu erhöhen, so stellen die versammelten Betriebsräte fest, daß durch die bisherigen Entlassungen von 120 Personen aus den städtischen Betrieben diese Ersparnis bereits stattgefunden hat. Sollten die weiteren Auszahlungen der zehnprozentigen Erhöhung wider Erwarten den Etat dennoch übersteigern, so ist nach eingehender Prüfung dieser Frage nur eine Verkürzung der Arbeitszeit um sozial Stunden in der Woche zulässig, die die Ausgleichung der zehnprozentigen Erhöhung gegenüber dem Gehaltserfordernis. — Die Antwort vom Magistrat soll sofort in einer dazu einberufenen Vertrauensdeputation bekanntgegeben werden. — Da die Arbeiter der Güterbahn bereits seit 1. April den vollen Stundenlohn erhalten, wird diese Angelegenheit zurückgestellt. — Der Antrag an den Magistrat erledigt ist. — Die Abstimmung ergab eine einstimmige Annahme der Resolution. Gauleiter Strunk gab die Verlesung des Gausbureaus nach Baberstraße 2 bekannt, ferner, daß das Bureau jetzt einen Hilfsarbeiter der Person des Kollegen Berthold besitzt.“

Glogau. In der Versammlung am 22. Mai gab Kollege W. den Kassenbericht vom 1. Quartal 1921. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 16 214,69 Mk., die Ausgabe 2690,25 Mk., die Einnahme der Filialkasse hatte 16 059,73 Mk., die Ausgabe 8709,35 Mk. aufzuweisen, so daß ein Kassenbestand von 7350,38 Mk. verbleibt. Der Mitgliederbestand beträgt 956. Zwecks Anstellung eines Arbeitersekretärs durch den Ortsausschuß beschloß die Versammlung einen Ertragsbeitrag von 15 Pf. pro Woche ab Juli.

Löbau i. S. In der Mitgliederversammlung am 28. April erarbeitete der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal 1921. Dann berichtete der Vorsitzende über die Bezirksführung der Filialvereine der Oberlausitz in Löbau am 17. April. Kollege Red. berichtete die Verhandlungen des Gesamtbetriebsrates mit den Betriebsleitern. Als Delegierte zur Landeskonferenz nach Leipzig wurden die Kollegen Lange und Red. einstimmig gewählt. An Stelle des Unterassistenten Hennig wurde Kollege Heibisch gewählt.

Nordhausen. In der Versammlung am 6. Mai gab Kollege G. auch Bericht von der Gaukonferenz in Magdeburg. Er berichtete dabei, daß in den Bezirken, in denen die Christlichen amirieren, die Straßenwörter in der Aufbesserung der Löhne mit uns nicht gleichen Schritt gehalten haben. Wenn das kein Hemmnis im sozialen Aufstieg der Straßenwörter sein soll, werden wir durch vermehrte Agitation dafür sorgen müssen, daß sich alle Straßenwörter in unserem Verbandsorganisieren. Kollege G. gab dann den Kassenbericht. Kollege S. unter schilderte dann die jüngeren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Mitteldeutschlands. Die Arbeitgeber haben nur noch vom Lohnabbau, obwohl die Arbeiter nicht das Notwendigste kaufen können. Dagegen gibt's nur einen Schuh, um eine weitere Verelendung der Arbeiter zu verhindern: fester Zusammenhalt innerhalb unserer Organisation. Mit der Mahnung zur Unterbrechung der streikenden Glasperbeiter schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Minden. In der Mitgliederversammlung am 18. Mai referierte Kollege B. über: Rück- und Ausblicke der Gewerkschaften. „Auf die Geschichte unseres Verbandes übergehend, wurde an Hand von Zahlen bewiesen, daß der Verbandsbeitrag sich auch im Gau Bielefeld in höchst zufriedenstellender Weise verzinst hat, womit noch lange nicht gesagt sein soll, daß hier ausreichende Löhne gezahlt würden. Weiter wurde erwähnt, daß die Zukunft trübe und hofflos vor uns liegt und wir alle Ursache haben, unsere Macht, die sich in einer geschlossenen und gutgeschulten Gewerkschaft verkörpert, zu vergrößern und auszubauen. — Gegen eine von dem Magistrat der Stadt Minden ausgesprochene Massenkündigung wurde Einspruch erhoben und der Schlichtungsausschuß angerufen; über den Ausgang, welcher allgemeine Bedeutung zu haben verspricht, werden wir an anderer Stelle berichten.“

Remscheid. In der Monatsversammlung am 20. Mai referierte Genosse Seidel über das zu errichtende Betriebsräteekretariat in Verbindung mit den freien Gewerkschaften. Genosse Seidel betonte die Wichtigkeit dieser Einrichtung und ermahnte die in Frage kommenden Kollegen, die Vorträge des Genossen Dr. Koch fleißig zu besuchen.

Rüdesheim a. Rheia. Als wir am 24. April 1920 einen Tarifvertrag an die Stadtverwaltung des weltberühmten Rheinstädtchens Rüdesheim einreichten, glaubte wohl keiner von uns, daß es über ein Jahr dauern würde, ehe dieses Werk zum Abschluß gebracht wird. Zwimal mußten wir den Schlichtungsausschuß anrufen, um die Bezahlung der Feiertage, früheren Schluß vor hohen Feiertagen, Bezahlung kürzerer Versäumnisse, höheren Urlaub und Krankenlohn bis zu 8 Wochen, durchzubrüden. In den wiederholten Verhandlungen half alles Reden des Organisationsvertreters nichts, und wenn der Magistrat ja einmal etwas Verständnis zeigte, so lehnte es die zum großen Teil aus Zentrumsmitgliedern zusammengesetzte Stadtverordnetenversammlung wieder ab. Es war ein „Futter für die Götter“, wenn der „Führer der Christen“ sehen und hören mußte, wie seine „Glaubensgenossen“ ihn lebhaft „in die Seite treten“. An Verhandlungen, die an Zeitdauer nichts zu wünschen übrig ließen, fehlte es wahrhaftig nicht. Leider glaubte ein kleiner Teil der Arbeiterschaft den Zentrumsabwärtlern dadurch besser zu gefallen, wenn er ins christliche Lager überstiebele. Alle diese Kollegen sind jedoch in ihren Hoffnungen enttäuscht worden. Wenn auch nicht alle Wünsche der städtischen Arbeiter in Erfüllung gegangen sind, so war es doch in erster Linie der Initiative unserer Verbandsleitung zu danken, daß wenigstens das heute geltende zustande kam. Auch daß die städtischen Arbeiter die Befehlsgelast zu den gleichen Sätzen wie die Beamten erhalten, war lediglich Arbeit unseres Verbandes. Eins steht fest, heute würde der größte Teil der übergetretenen Kollegen es nicht mehr tun, denn sie haben gesehen, wo ihre wirkliche Interessensvertretung gewahrt wird. Das christliche Betriebsratsmitglied soll einmal seinen Kollegen berichten, was ihr „Führer“ für sie „gesprochen und erreicht“ hat. An uns liegt es nun, dafür zu sorgen, bis wieder alle städtischen Arbeiter in unseren Reihen stehen, damit wir nicht nur das Erreichte festhalten, sondern noch erheblich weiter ausbauen.

• Internationale Rundschau •

Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu Oberschlesien. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seiner Sitzung am 20. Mai mit dem polnischen Zustand in Oberschlesien. Der Sekretär Dudgey teilte mit, daß sich die von den deutschen Gewerkschaften eingereichten Beschwerden über den polnischen Terror so sehr gehäuft haben, daß das Bureau sich entschloß, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsverbände in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstandsitzung zuzuziehen. Die obereschlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Amsterdam kommen, weil, wie Leipzig namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mitteilte, infolge der polnischen Besetzung keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war. Leipzig erhob lebhafteste Beschwerden über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begünstigung durch die französische Besatzung, aber auch über die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Abstimmung am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Drohung richteten, daß „diese Renegaten damit ihr eigenes wirtschaftliches Todesurteil gesprochen“ hätten. Das sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung im obereschlesischen Industriegebiet nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Sulawsky aus Warschau, bezeichnete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er bedauerte die vorgenommenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Zustand für überflüssig und daher zwecklos, lehnte es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptete der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuldlos seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede, wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erwiderung feststellte, im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Zustandes. Auch Dudgey meinte deshalb am Schluß der mehrstündigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Julansky weniger nationalistisch gesprochen hätte. Das Ergebnis der Beratung war, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Jouhaux (Paris), Williams (London) und Fimmen (Amsterdam) bestehende Untersuchungskommission baldmöglichst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vorzunehmen soll.

• Gegen die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer richtet sich eine Resolution des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam. Sie lautet:

„Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureau gegenüber der auf die Zersplitterung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 3. Internationale. Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat. In der Erwägung, daß die beharrliche Aktion der 3. Internationale die Reaktionsgefahr andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolutionen präzisiert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zersplitterungsaktion feststellt: daß das Prinzip der Einheit eine unerläßliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugestanden werden kann, zwei Internationalen zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und die internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Krisis und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerläßlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.“

Diese Resolution hat wieder das übliche hysterische Getreisch der „Roten Fahne“ hervorgerufen, die dabei albernerweise die Amsterdamer als Mischulbige an dem Massenmorden des Weltkrieges und als „die treuesten Stützen der internationalen Konterrevolution“ bezeichnet. Wie demgegenüber die noch radikalere sein wollende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der KAPD, über die Amsterdamer und die Moskauer Gewerkschaftsinternationale urteilt, zeigt folgender Erguß in ihrer Nummer 199:

„Während selbst die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich ausgereist hat, den Kampf der englischen Grubenarbeiter durch aktive Solidarität zu unterstützen, indem sie zu verhindern sucht, daß Streikfortschritte, die im Ruhr- und im Saargebiet gefördert wird, nach England kommt, dadurch, daß sie die belgischen und französischen Gasenarbeiter ausgerufen hat, keine Kohle nach England zu verladen, ist die Dritte Internationale nach wie vor stumm und talentlos gegenüber dem Ringen der englischen Klassengenossen. Sicher hat es erst starken Druckes gegen die „Führer“ der Amsterdamer erfordert, bis sie so weit gekommen sind, aber es geschieht doch wenigstens etwas von ihnen. Die „deutsche Sektion der Dritten Internationale“, jedoch, die KAPD, scheint in dem englischen Kienstreit einen von den „Fällen“ zu erblicken, in dem sie sich „nach dem zurückgebliebensten und passivsten Teil der Arbeiterschaft richten“ müsse. Also, meint der gutgläubige Proletarier, beschränkt sie sich hier „auf die bloße Propaganda“? Weit gefehlt. Nicht einmal das bringt sie fertig, während die Amsterdamer schon zur aktiven Solidarität sich durchgerungen haben. Rein, die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KAPD, treibt Gegenpropaganda! In Nr. 225 findet sich eine Notiz über die Ruhrkohlenförderung mit der bezeichnenden Ueberschrift: „Wer sabotiert — der Bergmann oder der Jechenherr?“ Die „Fahnen“-Redaktion stellt darin einmal mit Empörung fest, daß das Ueberschichtenabkommen gekündigt sei — dies Ausbeutungsinstrument, das doch Hauptstütze an dem Grubenbesitzer der „nationalen Sabotage“; zum anderen aber betont sie, mit großer Freude und Bewunderung für die Ruhrbergleute, daß „die Leistung des Arbeiters durch die Schichtverkürzung erheblich gestiegen sei.“

Damit beweist also die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“, daß Amsterdamer Internationale und Deutscher Bergarbeiterverband resolutionärer sind, als die Moskauer. Was sagt nun die „Rote Fahne“ dazu?

• Rundschau •

Die eigene Kraft. Gegensätze erfüllen seit je die Welt, Gegenätze, aus denen sich immer ein Neues herauskristallisierte, die wachsende Wahrheit. Diese Gegenätze bedeuten oft verschiedene Welten. Und um so einschneidender ist dieser Weltanschauungsgegenatz, je mehr eine Weltanschauung für das praktische Leben von Wichtigkeit ist. Je mehr die Weltanschauung zur praktischen Lebensgestaltung wird, um so mehr hebt sie sich ab von der Weltanschauung der Betrachtung und Theorie. So wuchs aus dem proletarischen Gestaltungskampfe auch mehr und mehr heraus die proletarische Weltanschauung als Gegenatz zur überlieferten bürgerlichen Betrachtung. Die bürgerliche Ideologie blieb, dem Leben fern, ohne Kraft; sie nahm dem Menschen seine ihm innewohnende Stärke; sie lehrte die Menschen, am eigenen Ich zu zweifeln. Sie sprach von den gewaltigen-sündhaften Trieben der Menschenbrust, die nur von außen, durch Gnade zur Unterdrückung gelangen. Sie nimmt damit dem Menschen das Vertrauen auf seine eigene Kraft, auf die eigene Bil-

dung der Menschenseele durch eigenen Willen von innen heraus. Und dieses Werden von außen dort und von innen hier, das ist heute der Gegenatz der Welten. Von innen heraus wächst der Mensch. Das ist das proletarische Kraftgefühl. „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne.“ Du kannst dir dein Leben schaffen. Du kannst das Leben bilden zur Sittlichkeit und Schönheit, wenn du willst. Und du willst, wenn du das Leben, das Zusammenleben formst und gestaltest, wenn du dem stilligen Sein den Boden bereitest. Ein guter Baum bringt gute Früchte. Naturnotwendig aus einem inneren Befehle heraus. Und wenn du den Baum der Gemeinschaft zu einem guten machst, dann werden auch die Menschen gut sein, ebel und froh. Und an dir, am Menschen liegt es, ob dieser Baum des Zusammenlebens gut ist. Aus dem Menschen heraus wird die Sittlichkeit, wenn er gestaltet. Die Gestaltung des Lebens ist die höchste entwicklungswerte Entfaltung der eigenen Kraft.

Was sollen wir lesen? Kollege B o l m - Bielefeld schreibt uns nichts ist notwendiger, als immer wieder und immer wieder die Bedeutung der Presse im allgemeinen, im besonderen aber auch die Arbeiterpresse hinzuwiesen. Recht erfreulich ist, mit wieviel Eifer viele unserer Kollegen den Inhalt der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“ verfolgen und gespannt auf das Erscheinen der nächsten Ausgabe warten. Aber auf der anderen Seite kann es nicht tief genug bebauert werden, mit welcher verderblicher Gleichgültigkeit und sträflichem Reichsinn unser guter Freund und Kamerad sofort nach Empfang vergessen und verachtet wird. Wissen Sie! Macht! Wenn auch nur die von vielen Kreisen so gering eingeschätzte geistige Macht hiermit gemeint ist, so können wir aber davon nicht zuviel erreichen, — denn der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen. Soviel Tatkracht bereits erwacht ist, soviel und mehr ruht aber noch in unseren Reihen, teils aus Gleichmut, teils aus nicht hinwegzuleugnender Furcht vor der Faust der früher allmächtigen Arbeitgeber. Wissen Sie! Dieses ist die Sprichwort wird nie seine wahre Bedeutung verlieren. Nicht darauf kommt es an, daß man überhaupt etwas liest, sondern was und wie man es liest, durchdenkt und in der Praxis vermerkt. Vieles muß sich beobachten, daß Schauerromane aus Wild-West und Kriminalromane (künstlich für wenig Geld) mit heiliger Andacht und wehrer Inbrunst heihungartig verschlungen werden. Dabei wird Wein trinken und regelmäßiger Schlaf zum Schaden des Körpers vernachlässigt. Aber für nützliche Lektüre sind solche Leute nicht zu interessieren. Wandernorts gibt es auch Kollegen, die, nach einem Urteil über unsere Presse befragt, frei und offen in wohlgefügiger Mundart erklären: „Lesen dau es überhaupt nicht drinne!“ Die Rede gestellt und auf das Verderbliche ihrer Unterlassung aufmerksam gemacht, hat schon mancher Kollege Umkehr gehalten und ist ein eifriger Leser unserer Verbandszeitung geworden. Welch Reiz tun an köstlichen Edelsteinen gerade in unserer Presse zu finden darüber werde ich mit vielen Kollegen eins sein, ohne in Lobhudelei zu verfallen. Gleichfalls sei an dieser Stelle hingewiesen auf die Schatzkiste der Arbeiterbibliotheken. Welche eminente Anbahnung von wertvollem wissenschaftlichen Material in jeder Beziehung entliehen werden kann, meistens sogar noch unentgeltlich. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo so unendlich viel für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht, ist es unbedingt erforderlich, daß uns rüsten mit geistigen Waffen, um den Aufgaben der Zeit zu wachsen zu sein. Nicht nur der Aufklärtheit der Führer bedarf es heute, sondern auch die Aufklärung und die Durchbildung der Massen ist dringend notwendig, wenn wir unsere Sache vorwärts treiben wollen; und das müssen wir, denn Stillstand ist Niedergang. Darum appellieren wir an unsere Mitglieder: Sorgt für die Verbreitung und das Studium der Arbeiterpresse und für guten Sammlungsbesuch in den Mitgliederversammlungen, damit wir diese Ziele näher kommen!

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Arbeitsrecht. Kartenz. Kustünstel. Von Heinrich Dr. Kalle, Stuttgart. Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Heft 21-22. Aus dem Inhalt: Entlassung Schwerbeschädigter und Allgemeine Siedesprüche (Nachwirkung); Verordnung über die Regelung der wirtschaftlichen Entlohnung vom 18. Februar 1921. Preis pro Heft 4,80 M. Probeheft 4,50 M.
Darwin lebt der Hochschiff: „Die Naturwissenschaften für die Fortschritte der Naturwissenschaft, der Medizin und der Zoologie“ Herausgeber Dr. A. Berliner und Prof. Dr. A. Pütter. Julius Springer, Berlin B. 9. 32 S. mit 11 Abbildungen. Preis 3 M. — Vier Aufsätze aus der Wissenschaft über das Verhältnis des Menschen zum Tier.
Das Ich und Gewissensorganismus. Seine Einrichtung und sein Bewußt. Von Dr. R. H. Herndt, Abteilungsleiter am Zoologischen Institut in Berlin. Mit 167 Abbildungen. Verlag: Th. Thomas, Leipzig. Preis gebunden 11,25 M.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gewerkschaften und Staatsarbeiter v. R. A. n. e. z. Verantwortlicher Redakteur: G. Hillmer, beide Berlin SO., Wulfsbergstr. 22. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 4